

# Grosser Rat

Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission



/Grossratsgeschäftsnummer: 20 / BS 5 / 58  
Rechtsbuch-Nummer: -  
Departement: -

## Bericht der GFK zum Voranschlag 2021 und zum Finanzplan 2022 - 2024

### Zusammensetzung der GFK:

Präsident: Dominik Diezi, Stachen/Arbon  
Mitglieder: Hans Eschenmoser, Weinfelden  
Didi Feuerle, Arbon  
Daniel Frischknecht, Romanshorn  
Brigitte Kaufmann, Uttwil  
Heinz Keller, Kradolf  
Hermann Lei, Frauenfeld  
Stefan Leuthold, Frauenfeld  
Mathis Müller, Pfyn  
Martin Nafzger, Romanshorn  
Corinna Pasche-Strasser, Bischofszell  
Sabina Peter Köstli, Ettenhausen  
Beat Rüedi, Kreuzlingen  
Martin Salvisberg, Amriswil  
Urs Schrepfer, Busswil  
Christine Steiger Eggli, Steckborn  
Kristiane Vietze, Frauenfeld  
Roland Wyss, Frauenfeld  
Vico Zahnd, Weingarten  
Nicole Zeitner, Stettfurt  
David Zimmermann, Braunau

### Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission

- stellt fest, dass Eintreten gemäss § 39 der Kantonsverfassung obligatorisch ist
- stellt fest, dass das Budget 2021 wie auch der Finanzplan 2022 – 2024 COVID-19 bedingt mit bedeutend grösseren Unsicherheiten verbunden ist als in normalen Zeiten
- anerkennt, dass der Regierungsrat nach Erlass der Budgetrichtlinien infolge der Coronakrise grundlegend über die Bücher gehen musste, da sich verschiedene Annahmen als unrealistisch erwiesen
- anerkennt, dass der Regierungsrat grosse Anstrengungen unternommen hat, beim beeinflussbaren Sach- und Personalaufwand Kürzungen vorzunehmen
- anerkennt, dass eine ausgeglichene Rechnung trotzdem nicht zu erreichen war, was unter den gegebenen Umständen akzeptabel erscheint
- empfiehlt dem Grossen Rat, den Voranschlag 2021 zu genehmigen
- nimmt den Finanzplan 2022 – 2024 zur Kenntnis

## **Eintreten**

Am 24. September 2020 präsentierte der Regierungsrat dem Parlament und der Öffentlichkeit fristgerecht den Voranschlag 2021 und den Finanzplan 2022 – 2024. Die GFK und die Fraktionspräsidien führten ihre Eintretensdebatte unter Anwesenheit des Präsidenten und der Vizepräsidentin des Grossen Rates am 23. September 2020 durch.

## **Schwerpunkte für die Beratung in den Subkommissionen**

Die Gesamtkommission legte für die Beratungen in den Subkommissionen die folgenden departementsübergreifenden Fragen fest:

### Externe Aufträge

1. Wie hoch ist der Anteil für Dienstleistungen und Honorare im Sachaufwand?
2. Wofür werden externe Mandate vergeben?
3. Wie hoch sind die jeweiligen budgetierten Kosten für einzelne Projekte?
4. Wie wird die Kosteneinhaltung überprüft?
5. Wie wird sichergestellt, dass das Wissen auch in der Verwaltung bleibt?

### Finanzplan 2022 - 2024

Der Finanzplan 2022 - 2024 des Regierungsrates zeigt finanziell ein ziemlich düsteres Bild. Noch ist nicht abschätzbar, ob die dem Finanzplan zugrunde liegenden Annahmen effektiv eintreten werden. Falls diese Szenarien zum Tragen kommen:

6. Wo und wie könnte der im Finanzplan aufgezeigten Entwicklung finanziell entgegenge-  
wirkt werden?

### Digitalisierung

7. Welche Digitalisierungsprojekte sind am Laufen?
8. Welche Digitalisierungsprojekte sind geplant?
9. Worin liegt der Nutzen dieser Projekte?

## **Formelles zur Beratung**

Die einzelnen Subkommissionen erstellten einen Fragekatalog zu den ihnen zugeteilten Departementen. Diese wurden im Verlaufe des Septembers und Oktobers durch die verantwortlichen Regierungsmitglieder beantwortet und im Rahmen der Subkommissionssitzungen ausführlich erläutert. Alle GFK-Mitglieder wurden mit den einzelnen Subkommissionsprotokollen bedient und damit detailliert über diese Besprechungen informiert.

An drei Sessionstagen, 26. Oktober, 29. Oktober und 30. Oktober 2020 fanden die fünf GFK-Sitzungen zu den einzelnen Departementen zusammen mit den verantwortlichen

Regierungsmitgliedern statt. An diesen Sitzungen erhielten die GFK-Mitglieder Einblick in laufende Geschäfte oder Schwerpunkte der einzelnen Departemente. Im Mittelpunkt standen der Voranschlag 2021 und der Finanzplan 2022 bis 2024. Bei diesen Beratungen konnten zusätzliche oder vertiefende Fragen gestellt werden.

Dank der seriösen und detaillierten Vorarbeit der Subkommissionen und der ausführlichen Darlegungen in den Subkommissionsprotokollen konnten diese Sitzungen sehr effizient und zielgerichtet durchgeführt werden.

**Eintreten ist gemäss Verfassung obligatorisch.**

### ***Voranschlag 2021***

#### **Detailberatung**

Die Protokolle der intensiven Sitzungen der Subkommissionen sind der Gesamtkommission vor der Session zugänglich, was eine fundierte Vorbereitung der Gesamtkommissionsitzung ermöglicht.

Am Anfang der Gesamtkommissionsitzung zu den einzelnen Departementen hat immer das zuständige Regierungsmitglied das Wort. Hier fliessen auch aktuelle Thematiken oder Anliegen aus den Departementen ein. Ein roter Faden durch die Beratungen waren in diesem Jahr die Auswirkungen der COVID-19 Krise.

Die Summe der umfassenden und transparenten Informationen und Ausführungen bildet die Grundlage für die Schlussbeurteilung durch die GFK.

Auch dieses Jahr führte dies zum Resultat, dass nach eingehender Auseinandersetzung mit den einzelnen Departementen allen Punkten der Schlussanträge zugestimmt werden konnte und die GFK nur im Zuständigkeitsbereich des Departementes für Finanzen und Soziales DFS einen zusätzlichen Antrag an den Grossen Rat stellt.

Die detaillierten Ausführungen zu den einzelnen Departementen sind den Berichten der einzelnen Subkommissionen zu entnehmen.

Ich danke den Subkommissionen und vor allem ihren Präsidien für die umfangreichen Arbeiten zu Handen der Gesamtkommission.

#### **Departement für Inneres und Volkswirtschaft (DIV)**

Das Budget zeigt in der Erfolgsrechnung eine Steigerung des Nettoaufwandes von 2,1 Mio. Franken im Vergleich zum Budget 2020 und von knapp 8 Mio. Franken gegenüber der Rechnung 2019.

Die Steigerung ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen:

- Fahrplanausbau ÖV Jahr 2019
- Zusätzlicher Aufwand Standortmarketing, Verbände und Tourismusorganisationen
- Höherer Informatikaufwand und höhere Beiträge für Ressourcenprojekte im Landwirtschaftsamt
- Höherer Aufwand Vollzug Tierschutzgesetzgebung

Beim DIV sind 18.5 zusätzliche Stellen geplant, wovon 8.5 Stellen aus dem Transfer vom Napoleonmuseum ins BBZ Arenenberg resultieren.

Die Steigerung in den Finanzplanjahren ist vor allem auf den ÖV sowie das AFI und das Veterinäramt zurückzuführen.

Detailangaben zu den einzelnen Ämtern können dem einschlägigen Subkommissionsbericht entnommen werden.

Die GFK-Subkommission DIV liess sich den Fortgang der Reorganisation des Veterinäramtes dokumentieren und konnte sich davon überzeugen, dass diese auf gutem Wege ist.

Die Gesamt-GFK nahm die Strategie Digitale Verwaltung zur Kenntnis, wobei die Frage aufgeworfen wurde, ob der Kanton bei der Plattform „Mein Thurgau“ nicht den Lead übernehmen müsste. Weiter liess sich die Gesamt-GFK von Ueli Bleiker, Chef Landwirtschaftsamt das neue Projekt Arenenberg 2024 erläutern.

### **Departement für Erziehung und Kultur (DEK)**

Das Budget 2021 weist gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme des Saldos von 40.3 Mio. Franken aus, gegenüber der Rechnung 2019 sogar eine Zunahme von 48.3 Mio. Franken. Im Budget 2021 wirkt sich erstmals das revidierte Beitragsgesetz aus. Allein diese neue Regelung der Lastenverteilung zwischen den Schulgemeinden und dem Kanton verursachen im Amt für Volksschule einen Mehraufwand von 31.5 Mio. und einen Anstieg der übrigen Beiträge von 3.5 Mio. Franken. Durch die steigende Schülerzahl ist auch im Bereich der Sonderschulung mit Mehrausgaben von 5.5 Mio. Franken zu rechnen. Die grosse Differenz bei den Einnahmen und Ausgaben der Investitionsrechnung entsteht durch die Auflösung der Rückstellung für überbetriebliche Kurse im ABB von 10 Mio. Franken. Die Stellenentwicklung im DEK scheint auf den ersten Blick mit einem Plus von 2.18 Stellen sehr moderat. Da die 8.5 Stellen vom Napoleonmuseum neu beim DIV enthalten sind, ist es eine effektive Steigerung von über 10 Stellen. Diese Zunahme von rund 1% erfolgt durch viele kleine Stellenerweiterungen bei diversen Ämtern im DEK, welche alle gut begründet sind. Zusätzlich zu der erwähnten Entwicklung kommen noch 6.8 Stellen von der Mensa Weinfelden dazu, welche bei der erwähnten Steigerung noch nicht berücksichtigt sind. Sie werden erst ab dem 1. Februar 2021 budgetrelevant, da der bestehende Pachtvertrag Ende Januar 2021 ausläuft und die Mensa dann wieder selbst betrieben wird.

Detailangaben zu den einzelnen Ämtern können dem einschlägigen Subkommissionsbericht entnommen werden.

### **Departement für Justiz und Sicherheit (DJS)**

Im Finanzplan wurde das Jahr 2021 mit einem Aufwandüberschuss von 59.63 Mio. Franken veranschlagt. Die vorliegende Budgeteingabe 2021 beträgt 62.41 Mio. Franken Aufwandüberschuss und liegt somit rund 2.78 Mio. Franken über der ursprünglichen Zielvorgabe. Die Hauptgründe liegen darin, dass erstens die beantragte Kapo-Korpsaufstockung infolge noch ausstehender Beratung im Grossen Rat und zweitens der Anpassungsbedarf im Migrationsamt wegen ausserordentlicher Entwicklungen im Finanzplan nicht enthalten waren.

Der Stellenplan wies im Jahr 2020 993.90 Stellen auf und im Jahr 2021 1'007.50, das bedeutet eine Steigerung von 13.60 Stellen. Das DJS weist damit das grösste Stellenwachstum aller Departemente auf, wobei allerdings zu beachten ist, dass das DJS mit rund 1'000 Stellen auch zahlenmässig das grösste Departement darstellt.

Detailangaben zu den einzelnen Ämtern können dem einschlägigen Subkommissionsbericht entnommen werden.

### **Departement für Bau und Umwelt (DBU)**

Das Budget zeigt in der Erfolgsrechnung eine Steigerung des Nettoaufwandes von 1.25 Mio. Franken im Vergleich zum Budget 2020 und von 208'000 Franken gegenüber der Rechnung 2019. Die Steigerung ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen:

- Im Generalsekretariat ist vorsorglich bereits ein Betrag für das Projekt „Analyse und Optimierung der Baugesuchs- und Planungsgeschäftsprozesse“ vorgesehen.
- Umsetzung Initiative Biodiversitätsstrategie
- Höherer Mietzinsaufwand infolge von drei neuen Anmietungen
- Projekt Neuausrichtung Denkmalpflege
- Projekt Überprüfung Grundwasserschutzzonen

Dieses Jahr wurden bedeutend weniger Stellen beantragt als im letzten Jahr, d.h. 3.4 Stellen statt 11.42 Stellen im letzten Jahr. Im ARE 1.9: 1 Stelle Umsetzung Biodiversitätsstrategie, 0.4. Bauen ausserhalb der Bauzone, BOA 0.5 (befristet um ein weiteres Jahr). TBA 1 Stelle: Damit soll dem zu bewältigenden Planungs- und Bauvolumen sowie den deutlich gestiegenen Anforderungen in der Bearbeitung der Projekte begegnet werden. AfU 0.5 projektbezogenen Stelle Überprüfung hydrogeologischer Grundlagen rechtliche Konformität der Grundwasserschutzzonen im Kt. Thurgau, befristet auf 2 Jahre.

Detailangaben zu den einzelnen Ämtern können dem einschlägigen Subkommissionsbericht entnommen werden.

### **Departement für Finanzen und Soziales (DFS)**

Der Nettoertrag liegt rund 2.40 Mio. Franken unter dem Budget 2020 bzw. rund 31.84 Mio. unter der Rechnung 2019. Hauptursache sind die infolge der COVID-19 Krise deutlich tiefer prognostizierten Steuererträge. Der Stellenetat steigt um 2.33 Stellen.

Das Budget 2021 und auch der Finanzplan 2022-2024 sind gezeichnet von den äusserst unsicher vorhersehbaren Konsequenzen der Corona-Epidemie. Die grundsätzlich nach wie vor gesunden Kantonsfinanzen geben Zeit für Anpassungen. Der Regierungsrat rechnet im Jahr 2021 mit einem Aufwandsüberschuss von 27 Mio. Franken. Für die Finanzplanjahre rechnet der Regierungsrat mit einem Aufwandsüberschuss von 46,7 Mio. Franken 2022, 48,2 Mio. Franken 2023 und 38,5 Mio. 2024. Das aktuelle Nettovermögen von rund 500 Mio. Franken würde damit bis Ende Finanzplanperiode etwa um die Hälfte reduziert. Diese Zahlen können zurzeit aufgrund der grossen Unsicherheiten lediglich grobe Schätzungen sein.

Den Investitionen kommt gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten eine besondere Bedeutung zu. Sie sollen in der gleichen Grössenordnung wie bis anhin oder tendenziell leicht höher ausfallen, zwischen 60 und 68 Mio. Franken jährlich.

Auf eine generelle wie auch eine individuelle Lohnerhöhung verzichtet der Regierungsrat. Solche erachtet er mit Blick auf die Gesamtwirtschaft im Thurgau im Moment als nicht opportun.

Die Entwicklung des Finanzplans 2022 – 2024 ist mit grossen Unsicherheiten behaftet. Die Schätzung des Lasten- und Ressourcenausgleichs ergibt sich aus einer Hochrechnung des BAK Basel. Bis 2026 ist aufgrund der neuen gesetzlichen Grundlage zum NFA mit einem Rückgang für den Kanton Thurgau zu rechnen. Danach steigen die Erträge aus dem NFA rasch an. Bereits 2028 könnte das Niveau von 2020 wieder erreicht werden. Dank der Möglichkeit der Entnahme aus der Schwankungsreserve kann der Kanton Thurgau diesen vorübergehenden Rückgang voraussichtlich kompensieren. Die mittelfristigen Auswirkungen der Coronakrise haben jedoch ebenfalls einen unmittelbaren Einfluss auf die Höhe des Ressourcenausgleichs.

Detailangaben zu den einzelnen Ämtern können dem einschlägigen Subkommissionsbericht entnommen werden.

#### Begründung des gestellten Antrags:

Die GFK beantragt dem Grossen Rat, das Konto 7549.3635.140 Brennpunkte Gesundheit Thurgau, Zahlenteil Seite 53 sei von aktuell Null Franken auf Fr. 50'000 zu erhöhen. Es geht um Leistungen im Rahmen des Projektauftrags für den Zyklus 2019 – 2021 an den Spitex Verband Thurgau zur Qualitätsverbesserung im Gesundheitswesen. Im Budget 2021 wurde nichts eingestellt. Im Vorjahresbudget waren noch Fr. 50'000 dafür eingeplant. Im Rechnungsjahr 2019 wurde ein Betrag von Fr. 50'000 ausbezahlt. Die GFK stellt den Antrag aufgrund einer schriftlichen Vereinbarung für die Jahre 2019 – 2021 zwischen dem Department für Finanzen und Soziales und dem Spitex Verband Thurgau vom 1./4. Oktober 2018 als Koordinatorin / Auftragnehmerin. Gemäss dieser Vereinbarung stehen für das Jahr 2021 Fr. 50'000 Franken aus dem Budget des kantonalen Gesundheitsamtes zur Verfügung. Nach Auffassung der GFK handelt es sich bei dieser Vertragsbestimmung um eine rechtsverbindliche Zusage des Kantons, auf die sich der Spitex Verband Thurgau berufen darf. Ein Budgetvorbehalt ist darin nicht zu erkennen. Es handelt sich mit anderen Worten um eine gebundene Ausgabe, die auch entsprechend ins Budget aufzunehmen ist. Eine andere Frage ist, ob dieser Betrag pauschal oder nur nach Massgabe des effektiv angefallenen Umfangs auf entsprechende Abrechnung hin ausbezahlt wird. Im letzteren Fall würde es sich bei den 50'000 Franken um einen Maximalbetrag handeln. Diese Frage kann durch die GFK offen gelassen werden. Auch im letzteren Fall sind im Sinne einer genauen Budgetierung 50'000 Franken ins Budget aufzunehmen, da dieser Betrag auch bei dieser Vertragsinterpretation zumindest zur Auszahlung gelangen könnte und in den beiden Vorjahren auch ausbezahlt worden ist.

#### **Räte / Staatskanzlei**

Das Budget zeigt gegenüber dem Budget 2020 einen Minderaufwand von 28'500 Franken und gegenüber der Rechnung 2019 einen Mehraufwand von 608'000 Franken.

Das Jahr 2021 wird als Jahr im ordentlichen Rahmen erwartet – ohne Erneuerungswahlen. Aufgrund verschiedener Projekte wie E-Voting, Einführung eines neuen Ergebniser-

mittlungssystem für Wahlen und Abstimmungen und einem Ausbau von ELSI bewegt sich das Budget auf Vorjahresniveau.

Von Mai bis Dezember 2020 wird mit Zusatzkosten für die Grossratssitzungen zwischen 150'000 und 200'000 Franken gerechnet (Hallenmiete, Stromverbrauch, Technik und Verpflegung).

Die SK arbeitet im Nachgang zu den Gesamterneuerungswahlen 2020 an zwei Berichten:

1. Bericht zu den kantonalen Gesamterneuerungswahlen 2020 (Super Sunday vom 15. März 2020 mit Grossrats- und Regierungsratswahlen)
2. Bericht zum Wahlbetrug Frauenfeld bei den Grossratswahlen 2020

Detailangaben können dem einschlägigen Subkommissionsbericht entnommen werden.

### **Staatssteuerfuss 117 Steuerprozent**

Die GFK stimmt der Beibehaltung des Staatssteuerfusses von aktuell 117 Steuerprozenten ohne Gegenstimme zu.

### **Beschlussesentwurf**

#### **1. Objektkredite**

- 1.1 3210 Amt für Informatik  
Der Objektkredit für das Projekt Amt für Gesundheit, IPV Prämienvverbilligungen Kanton Thurgau, aufgeführt in der Budgetbotschaft unter 3210 Amt für Informatik Investitionsrechnung, in der Gesamthöhe von Fr. 2'700'000 wird genehmigt.  
*19 Ja, 0 Nein*
- 1.2 5510 Kantonspolizei  
Der Objektkredit für das Projekt Informatik Grossprojekte (Objektkredit 2021 – 2023), aufgeführt in der Budgetbotschaft unter 5510 Kantonspolizei Investitionsrechnung, in der Gesamthöhe von Fr. 500'000 wird genehmigt.  
*19 Ja, 0 Nein*
- 1.3 5510 Kantonspolizei  
Die Verlängerung des Objektkredits Projekt Polycorn Basisstationen, aufgeführt in der Budgetbotschaft unter 5510 Kantonspolizei Investitionsrechnung, auf die Zeitdauer von neu 2019 – 2025 wird genehmigt.  
*19 Ja, 0 Nein*
- 1.4 6210 Hochbauamt  
Die Objektkredite für die im Bauprogramm Hochbauten 2021 – 2024 unter dem Titel „b. zu beschliessende Objektkredite Neubauten, Umbauten“ aufgelisteten Vorhaben mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von Fr. 8'790'000 werden genehmigt.  
*19 Ja, 0 Nein*

**2. 6310 Tiefbauamt**

2.1 Der Baubeschluss gemäss § 15 Absatz 1 des Gesetzes über Strassen und Wege (StrWG; RB 725.1) für die im Tiefbauprogramm 2021 – 2024 unter dem Titel „b. zu beschliessende Projekte“ aufgelisteten Vorhaben mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von Fr. 50'150'000 wird genehmigt.

*19 Ja, 0 Nein*

2.2 Die Baubeschlüsse für die im Tiefbauprogramm 2021 – 2024 unter dem Titel „a2. Beschlossene Projekte, Verzicht, Planung oder neuer Beschluss (b.)“ aufgeführten Vorhaben in der Höhe von insgesamt Fr. 13'370'000 werden aufgehoben.

*19 Ja, 0 Nein*

2.3 Die Strassenabtretung im Kantonsstrassennetz von 700 m wird genehmigt.

*19 Ja, 0 Nein*

**3. 7530 Amt für Gesundheit**

3.1 Im Budget 2021 sei das Konto 7549.3635.140 Brennpunkt Gesundheit Thurgau von aktuell Null Franken auf Fr. 50'000 zu erhöhen.

*18 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung*

**4. Staatsanleihe**

4.1 Dem Regierungsrat wird die Kompetenz eingeräumt, eine Staatsanleihe von höchstens Fr. 150'000'000 aufzunehmen.

*19 Ja, 0 Nein*

**5. Liegenschaftengeschäfte**

5.1 Dem Verkauf der Liegenschaft Schönholzerswilerstrasse 1 in Mettlen mit einem Buchwert von Fr. 1'500'000 wird zugestimmt. Das höchste Gebot erhält den Zuschlag.

*19 Ja, 0 Nein*

5.2 Dem Verkauf der Liegenschaft Schiffländestrasse 2 in Ermatingen mit einem Buchwert von null Franken wird zugestimmt. Das höchste Gebot erhält den Zuschlag.

*19 Ja, 0 Nein*

**6. Steuerfuss**

6.1 Der Staatssteuerfuss wird auf 117 Steuerprozent festgelegt.

*19 Ja, 0 Nein*

**7. Voranschlag 2021**

7.1 Der Voranschlag für das Jahr 2021 wird mit folgenden Ergebnissen beschlossen:

**Erfolgsrechnung**

Aufwandüberschuss Fr. 27'141'000

**Investitionsrechnung**

Ausgabenüberschuss (Nettoinvestitionen) Fr. 60'120'800

*19 Ja, 0 Nein*

**8. Finanzplan 2022 - 2024**

8.1 Vom Finanzplan 2022 - 2024 wird Kenntnis genommen.

***Finanzplan 2022 – 2024***

**Detailberatung Finanzplan 2022 – 2024**

Angaben zu den Detailberatungen können den Berichten der Subkommissionen entnommen werden.

**Der Grosse Rat nimmt vom Finanzplan lediglich Kenntnis.**

Stachen/Arbon, 7. November 2020

Der Kommissionspräsident  
Kantonsrat Dominik Diezi

**Beilagen:**

- Beschlussesentwurf der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission